## Hindenburgs Antwort übergeben

wtb. Berlin, 22. November.

**Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die gestrige Rückfrage Adolf Hitlers ist, wie angekündigt, heute mittag ½2 Uhr dem Führer der NSDAP. zugeleitet worden. Ueber den Inhalt des Schreibens wird in Regierungskreisen keine Mitteilung gemacht. Es ist nach Auffassung unterrichteter Kreise fraglich, ob die Antwort Hitlers noch Dienstag erfolgt.**

---

gehindert habe, China als souveränen Staat zu betrachten und als zulässigen Vertragspartner zu behandeln. Eine so klare Sprache also auch die japanischen Geschütze scheinbar in der Mandschurei gesprochen haben, so ist weder die Angriffsabsicht eindeutig klarzustellen, noch auch überhaupt der schlüssige Beweis zu führen, auf wessen Hoheitsgebiet sich die Zwischenfälle abgespielt haben.

Wenn die Japaner in ihrem Gegenbericht behaupten, weder die Regierung in Tokio noch der Generalstab hätten einen Einfluß auf die Entstehung der mandschurischen Selbständigkeitsbewegung ausgeübt, doch habe Japan diese Bewegung nicht mehr ignorieren können, als sie sich ausbreitete, so steckt in dieser Behauptung ein hoher Grad von Zynismus. Wir Deutschen haben ja im besetzten Rheinland erlebt, wie man unter militärischem Druck und mit reichlichen Geldmitteln separatistische Bewegungen unschwer aus dem Boden zaubern kann. Aber wenn anderseits die Japaner darauf hinweisen, daß 15 000 Briefe an die Lytton-Kommission noch keineswegs Licht über die Stellungnahme der 30 Millionen anderen Staatsbürger von Mandschukuo verbreiten, so wird man diesen Beweis nur mit dem Versuch einer Volksabstimmung entkräften können. Hier aber beginnen erst die Schwierigkeiten, denn an eine Abstimmung unter dem Druck der japanischen Besatzung wäre ebenso sinnlos, wie ein Plebiszit im Schatten des chinesischen Nationalismus für die Weltmeinung keinen Ueberzeugungswert besäße. Leider hat der Völkerbund bei den von ihm veranstalteten Volksabstimmungen in Mitteleuropa ein sehr geringes Maß von Arbeitsfähigkeit und Unparteilichkeit bewiesen, und er wäre in einem so fernliegenden Gebiete der Welt wahrscheinlich noch mehr zur Ohnmacht verurteilt. Darum kann auch der Gedanke in der Mandschurei einen Völkerbundskommissar einzusetzen, nur Kopfschütteln erwecken, denn er würde nach Lage der Dinge nur dann mit Erfolg arbeiten können, wenn er sich völlig zum Werkzeug der japanischen Interessen machte. Diese Genfer Sanktionierung der japanischen Konfliktspolitik kann aber den Chinesen alles andere als erwünscht sein. China fordert Erfüllung der Empfehlungen des Lytton-Berichtes, auch wenn dieser keineswegs allen chinesischen Wünschen gerecht wird, denn bei seiner Ablehnung wären die Verlustchancen nur um so größer. Japan aber lehnt die Lytton-Empfehlungen mit Entschiedenheit ab, da sie die mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln geschaffene Machtstellung Japans notwendig beeinträchtigen würden.

Der Mandschurei-Konflikt ist mehr und mehr die große Figur im Schachbrett der Mächte geworden. Dabei müssen wir die überraschende Tatsache feststellen, daß die Einstellung der Weltmächte zur mandschurischen Frage sich seit geraumer Zeit stark gewandelt hat, und daß sich die Auffassungen einander zu nähern beginnen. Es besteht viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß Präsident Roosevelt keiner neuen Verschärfung des fernöstlichen Konfliktes das Wort reden wird, um nicht der Stimson-Doktrin noch mehr und größere Opfer an die europäischen Mächte folgen lassen zu müssen. Vom Präsidenten Hoover ist daher vor dem Ablauf seiner Amtszeit eine neue Initiative kaum noch zu erwarten. Sowjet-Rußland hat das Steuer völlig herumgeworfen und sucht seine scharfen Attacken gegen den japanischen Imperialismus durch wirtschaftspolitische Verständigungsversuche vergessen zu machen. Die japanische Entschlossenheit, auch mit äußersten Mitteln die mandschurische Position zu verteidigen, ist in Moskau nicht ohne Eindruck geblieben. England und Frankreich haben sich nie für ein scharfes Durchgreifen erwärmt und sind die Hauptbeteiligten bei der Genfer Verschleppung der mandschurischen Angelegenheiten. Deutschland zählt nur insofern mit, als es ein vitales Interesse daran nehmen muß, daß in Genf keine Präzedenzfälle geschaffen werden, die sich einmal rächen, wenn Deutschland in eine ähnliche Lage wie Japan oder China kommen sollte. Was bleibt, ist die Sorge um das Prestige des Völkerbundes, um die Vermeidung neuer schwerer blutiger Zwischenfälle im fernen Osten. Der Lytton-Bericht stellt mit großem Ernst und Nachdruck **fest, daß** seit der japanischen Aktion der ferne Osten „in Feuer und Blut getaucht" sei. Leider zeigt die unaufhörliche Kette von Zwischenfällen, daß der ostasiatische Brand weiterglimmt und jeder Tag wieder zu einer offenen Flamme werden kann. Die Aussichten, daß man in Genf das Feuer austritt, sind vorläufig gleich null.

## Chinas Auffassung

Genf, 22. November.

Die Auffassung Chinas hinsichtlich des mandschurischen Streitfalles legte in der Sitzung am Montagnachmittag der chinesische Delegierte Wellington Ku ausführlich dar. Ku wies die Vorwürfe des japanischen Vertreters zurück. Selbst wenn alles richtig wäre, was dieser an Klagen über den Zustand in China vorgebracht habe, so müßte man sich immer noch fragen, ob die planmäßige bewaffnete Intervention Japans gerechtfertigt gewesen sei. Wenn die Berechtigung zu dieser Intervention in den Kellogg-Pakt hineininterpretiert werden könne, so sei dieser Plan kaum wert, aufrecht erhalten zu werden. Die chinesische Regierung glaube aber, daß es nicht ihre Aufgabe, sondern die des Rates sei, den Kellogg-Pakt und die andern Verträge zu interpretieren.

**Japans Ziel seit dem 16. Jahrhundert sei es, China zu unterjochen.**

Was den antijapanischen Boykott betreffe, so sei er nur eine Maßnahme der Selbstverteidigung. Angesichts der Schwäche des Landes bekunde die chinesische Bevölkerung auf diese Art unter großen eigenen Opfern ihre Empörung und ihren Protest gegen das an China verübte Unrecht. Der den japanischen Interessen zugefügte Schaden sei unvergleichlich geringer als die Zerstörung von Milliardenwerten an chinesischem Eigentum, ganz abgesehen von dem Verlust von Zehntausenden von Menschenleben. — Wellington Ku hob mit zahlreichen Zitaten hervor,

**daß der Lytton-Bericht in seiner allgemeinen Tendenz der chinesischen Auffassung vollkommen recht gebe.**

Der Satz des Berichtes, daß jede Lösung mit den Bestimmungen der Völkerbundssatzung, dem Kellogg-Pakt und dem Neun-Mächtevertrag in Einklang stehen müsse, sei ein Kardinalprinzip, das für alle Unterzeichner dieser großen Friedensurkunden eine feierliche Verpflichtung bedeute. Selbstverständlich müßten die Entschließungen des Völkerbundsrates und der außerordentlichen Verwaltung, soweit sie noch nicht ausgeführt seien, wie bisher in Kraft bleiben. Unter anderem bleibe die Verpflichtung der japanischen Regierung zur Zurückziehung ihrer Truppen auf Grund der Entschließungen vom 30. 9. und 10. 12. 1931 unverändert. Diese Zurückziehung sei immer noch eine wesentliche Voraussetzung für die grundlegende Regelung des chinesisch-japanischen Streitfalles. Die chinesische Regierung sei der Meinung, daß keine Regelung des gesamten Streitfalles gerechterweise erörtert werden könne, ohne daß der Druck der militärischen Besetzung und, was auf dasselbe hinauslaufe, der Druck vollendeter Tatsachen infolge Gewaltanwendung während dieser Besetzung, zuerst beseitigt werden müsse.

# Ein entscheidender Schritt?

## Die Bemühungen um Wiederherstellung der Abrüstungskonferenz

wtb. London, 22. November.

Der Genfer Korrespondent der „Times" meldet, infolge der Anwesenheit des Reichsaußenministers sei erfreulicherweise Gelegenheit zu privaten und unformellen Besprechungen gegeben, die zeigen würden, ob Deutschland beabsichtige, zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren oder nicht. Die gestrigen Besprechungen des Freiherrn v. Neurath mit Sir John Simon und Norman Davis seien nur vorbereitender Art gewesen. Der Genfer Korrespondent der „Daily Mail" berichtet,

**Sir John Simon habe gestern einen entscheidenden Schritt getan, um Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen.**

Es verlaute, daß seine Unterredung mit Freiherrn v. Neurath äußerst herzlich war.

Reuter berichtet aus Genf, es heiße, daß die mit Freiherrn v. Neurath geführte Besprechung sich um die Frage der Zustimmung Frankreichs zu der britischen Erklärung über Rechtsgleichheit drehte. Aber bevor Deutschland eine Zusicherung bezüglich der Haltung Frankreichs erlangt habe, dürfte es sich schwerlich von seiner jetzigen Position entfernen.

*

Diesem Urteil des Reuter-Korrespondenten kann man durchaus zustimmen. Nur auf Grund einer positiven Stellungnahme Frankreichs zur Frage der deutschen Gleichberechtigung kann Deutschland an eine Rückkehr zur Abrüstungskonferenz denken.

## Die Aussprache Hoover—Roosevelt

Washington, 22. November.

**Heute findet die mit Spannung erwartete Aussprache zwischen Hoover und Roosevelt statt.** Staatssekretär Stimson hat für diese Zusammenkunft ein Memorandum über die Weltwirtschaftskonferenz ausgearbeitet, das Roosevelt vorgelegt werden soll. Es wird hier betont, daß sowohl die Aktion in der Frage der Alliertenschulden als auch die Festsetzung des Termins der Wirtschaftskonferenz von dieser Unterhaltung abhängen, da es sich in beiden Fällen um Probleme handele, die über die Amtsperiode Hoovers hinaus die Regierung Roosevelts werden beschäftigen müssen.

Schatzsekretär Mills hatte lange Besprechungen mit Präsident Hoover, der, wie verlautet, nach wie vor geneigt sein soll, dem Kongreß die

**Ernennung einer Kommission zur erneuten Prüfung der Zahlungsunfähigkeit der einzelnen Schuldnerstaaten**

zu empfehlen. Allgemein abgelehnt wird eine Gleichstellung von England und Frankreich. Man ist hier überzeugt, daß die französische Nation, die während der kritischen Periode der Vereinigten Staaten Gold in großen Mengen aus Amerika herauszog, die Schuldenrente leicht bezahlen könne, während man zugibt, daß der mit England vereinbarte Zinsfuß unverhältnismäßig hoch ist und eine ungerechte Härte gegenüber England darstellt.

## Schuldnerfront ohne Italien

Washington, 22. November.

Der hiesige tschechoslowakische Gesandte überreichte dem Staatssekretär Stimson eine Note seiner Regierung, die, wie England, Frankreich und Belgien, Zahlungsaufschub und Revision der Schuldenraten erbittet.

**Sehr bemerkt wird hier Italiens Schweigen in dieser Angelegenheit. Man betont, daß Mussolinis Taktik hier sehr gut wirke, gerade weil er es ablehne, an dieser „Einheitsfront gegen den amerikanischen Steuerzahler" teilzunehmen.**

**Der künftige amerikanische Vizepräsident gegen Kriegsschuldenstreichung**

Der künftige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, John Garner, erklärte, er sei durchaus gegen die Streichung oder Abänderung der Kriegsschulden.

# Thronrede des Königs von England

wtb. London, 22. November.

Der König eröffnete heute die Parlamentssession mit einer Thronrede, in der er betonte, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten weiterhin freundschaftlich seien. Für eine weitere verfassungsmäßige Entwickelung in Indien werde die Regierung dem Parlament Vorschläge unterbreiten. Der König sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß

**die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz**

in der Lage sein werde, Uebereinstimmung über die Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen zu erzielen, die die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Welt herbeigeführt haben.

Die britische Regierung werde fortfahren, in voller Zusammenarbeit mit den anderen Staaten auf der Genfer Abrüstungskonferenz eine internationale Konvention zu schaffen, die die Grundlage für einen dauernden Frieden bilden könne.

In der Thronrede wird weiter auf die Notwendigkeit hingewiesen, die öffentlichen Ausgaben sorgfältig zu überwachen und betont, daß die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die Erholung der Wirtschaft zu fördern. Die Thronrede beschäftigt sich dann ausführlich mit der

**Arbeitslosigkeit, die zweifellos das schwierigste soziale Problems Englands**

darstelle. Jede Maßnahme für die Arbeitslosen dürfe nicht nur in einer materiellen Unterstützung bestehen, sondern müsse dazu angetan sein, die Moral und die Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sich die Gelegenheit biete. Die Regierung werde Maßnahmen beantragen, die sich in umfassender Weise mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen.

## Japan für allgemeines Boykott-Verbot

**wtb. London, 22. November. Wie Reuter meldet, rechnet man mit der Möglichkeit, daß Japan demnächst eine Aenderung des Völkerbundspakts beantragen werde, wonach künftig Boykottmaßnahmen verboten seien.**

Diese Forderung erklärt sich aus den sehr fühlbaren Erfahrungen, die Japan mit dem Boykott seiner Waren durch die Chinesen gemacht hat. Es darf aber als ausgeschlossen gelten, daß der Völkerbundsrat einen solchen Beschluß faßt. Gerade die waffenlosen Staaten, auch Deutschland, sind daran interessiert, daß ihnen diese einzigen Mittel der Abwehr: Boykott und passiver Widerstand nicht genommen werden.

## Beginn der Winterhilfe

wtb. Berlin, 22. November.

**Nach einer Mitteilung der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sind von Mitte September bis Ende Oktober d. J. insgesamt über 29,4 Millionen Kilogramm oder rund 3000 Waggon Lebensmittel, Brennstoffe und Kleidungsstücke aus den verschiedenen Gebieten des Reiches für die Winterhilfe von der Reichsbahn frachtfrei befördert worden, und zwar sind 400 000 Zentner Kartoffeln und zusammen 43 000 Zentner Fleisch, Obst, Gemüse, Brotgetreide, Mischsendungen usw. und ferner 90 000 Zentner Kohlen und Briketts und rund 55 000 Zentner Brennholz und Torf an die mit der Durchführung der Winterhilfe betrauten Organisationen zur Verteilung für die Winterhilfe gelangt.**

## Ehrenworte werden gebrochen

**Idyll in der Sächsischen Landwirtschaftskammer.**

**Dresden,** den 22. November. Die Sächsische Landwirtschaftskammer hielt heute eine Gesamtsitzung ab, in der zunächst der bisherige Vizepräsident Oekonomierat Richter zum Präsidenten gewählt wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, ebenso zum 1. Vizepräsidenten Rittergutspächter Greulich. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der Nationalsozialist Körner gewählt, während der 3. Vizepräsident der Nationalsozialist Döring, auf seinem Posten blieb. Die von den bürgerlichen Mitgliedern vorgeschlagene Wahl eines 4. Vizepräsidenten wurde mit Mehrheit abgelehnt. Das veranlaßte den Kandidaten für diesen Posten, den Bürgerlichen Schumann, zu der Erklärung, daß hier 5 Mitglieder ihr Ehrenwort gebrochen hätten, da sie sich verpflichtet hätten, für die Einrichtung dieses Postens zu stimmen. Geheimrat Zieschmann, gleichfalls bürgerliches Mitglied der Kammer, erklärte den Bruch des Ehrenwortes für eine Gemeinheit. Dann wurden verschiedene Ausschußwahlen vorgenommen.

## Verbot der gesamten niederrheinischen SPD.-Presse

wtb. Essen, 22. November.

**Die gesamte niederrheinische SPD.-Presse ist von Dienstag ab bis einschließlich Sonnabend durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz verboten worden. Als Grund des Verbotes wird die Veröffentlichung eines Artikels „Brachts komödienhafte Hauptmann-Ehrung" am 17. November angegeben. Von dem Verbot werden die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Blätter in Essen, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Neuß und Wuppertal betroffen.**

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

**Witterungsaussichten.** Meist südliche bis westliche Winde. Veränderliche Bewölkung, dabei vorwiegend bedeckt. Zeitweise Niederschläge, Temperaturen wenig geändert.